



**Brennpunkt der Kinderarmut**  
Entwicklung, politische Verantwortung und Ausweg

Seite 3



**Vorstellung der KandidatInnen für die Bezirksvertretungen**

Seite 4/5



**Nazi-Morde**  
Skandalöse Ermittlungen der Polizei im Fall der NSU

Seite 5



**Wenn Armut in Stein gemeißelt wird**  
Prekariertes Wohnen

Seite 7

# 02/12 KNALLROT

DIE LINKE. Dortmund – Sonderausgabe 2012

## Zehn gute Gründe DIE LINKE zu wählen

Was unterscheidet **DIE LINKE. Dortmund** von den anderen Parteien?



**Sozial, auch nach der Wahl.**

Wiederholung der Kommunalwahlen in Dortmund aufgrund der Wählertäuschung durch die SPD und deren, damaligen Oberbürgermeister - warum nun **DIE LINKE** wählen?

... Weil **DIE LINKE** die Menschen in Dortmund bei wichtigen Fragen mitentscheiden lassen wird. Wir wollen einen BürgerInnenhaushalt. Sie entscheiden mit über die Verwendung Ihrer Steuergelder!

... Für Menschen mit niedrigem Einkommen setzt sich allein **DIE LINKE** ein. In Dortmund lebt jedes dritte Kind in Armut. Aber kein Kind soll hungern müssen, darum fordern wir kostenlose, warme Mahlzeiten in allen Dortmunder Kitas und Schulen.

... Wir sind gegen Privatisierungen von Krankenhäusern, Schulen, Kitas und Schwimmbädern. Gesundheit ist keine Ware. Schulen sind keine Verkaufsflächen.

... Stundenlang bis zum nächsten Amt fahren? **DIE LINKE** ist für den Erhalt aller 12 Stadtbezirke und gegen Personalabbau und Lohndumping. Ordentliche Arbeit muss auch ordentlich bezahlt werden!

... Dortmund ist eine offene Stadt. Es darf nicht sein, dass Stadtteile von Neonazis beherrscht und Menschen bedroht werden. Lassen Sie uns gemeinsam Rassismus entgegen treten.

... Dortmunds Freiflächen sollen zunehmend wirtschaftlichen Interes-

sen weichen. **DIE LINKE** steht für den Schutz unserer Erholungsräume. Wir lehnen den weiteren Ausbau und die millionenteure Subventionierung des Flughafens ab.

... Umweltgifte wie bei ENVIO bedrohen uns alle. **DIE LINKE** kämpft gegen Verschleierung und setzt Strafen gegen die Verursacher durch. Wir fordern eine moderne, kommunale Wasseraufbereitung, damit unser Trinkwasser sauber bleibt.

... Wollen Sie, dass Ihre Kinder in Dortmunder Schulen für den Afghankrieg verpflichtet werden? Wir wollen im Stadtrat verhindern, dass die Bundeswehr weiterhin junge Menschen direkt in den Schulen anwirbt.

... Die Belange von Älteren und Menschen mit Behinderungen kommen oft zu kurz. **DIE LINKE** fordert, dass Barrierefreiheit zum Standard bei Gebäuden und im öffentlichen Nahverkehr wird.

... **DIE LINKE** will keinen Atomstrom in Dortmund. Bis 2014 muss der Stadtrat entscheiden, ob der Atomkonzern RWE weiterhin Anteile an DEW21 besitzt.

Anstatt den Flughafen jährlich mit 20 Mio. Euro zu subventionieren oder 84 Mio. Euro im U-Turm zu versenken, kann man Ihre Steuergelder auch sinnvoll einsetzen. Ihre Wahl am 26. August entscheidet darüber! (dr)

### Hartz IV-Beratung durch **DIE LINKE** in Dortmund

Die Sozialökonomin Anne Eberle hilft Ihnen kostenlos jeden Dienstag zwischen 13:00 und 16:00 Uhr in unserem Parteibüro in der Schwanenstraße 30, D-44135 Dortmund (Tel. 0231-2221116) bei allen Fragen oder Problemen rund um die Themen Hartz IV und Sozialhilfe.

Anzeige

**Fraktion vor Ort:**

**Hartz IV ist auch Kinderarmut!**

**Dienstag, 14. August 2012, 17.00 Uhr, Alter Markt, 44137 Dortmund**

**Podiumsdiskussion** mit den Bundestagsabgeordneten **Katja Kipping** und **Ulla Jelpke** und AkteurInnen aus Initiativen und Verbänden aus Dortmund zu Alternativen, Hilfsangeboten und Handlungsmöglichkeiten.

Mit einem tollen Kinderprogramm.

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

Weitere Informationen:  
[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

**KNALLROT**

Herausgegeben von **DIE LINKE. Dortmund**

Schwanenstr. 30, 44135 Dortmund  
Web: [www.knallrot-online.de](http://www.knallrot-online.de)  
Email: [info@knallrot-online.de](mailto:info@knallrot-online.de)

Telefon: 0231 - 222 111 6  
Leserbriefe: [leserbriefe@knallrot-online.de](mailto:leserbriefe@knallrot-online.de)  
Anzeigen: [anzeigen@knallrot-online.de](mailto:anzeigen@knallrot-online.de)

V.i.S.d.P. Ulrich Maurer

**Inhalt**

KNALLROT Sonderausgabe  
2012  
DIE LINKE. Dortmund

**Seite 1:**  
10 gute Gründe  
DIE LINKE zu wählen  
Hartz IV-Beratung

**Seite 2:**  
Warum starb Ousman Sey?  
Neuer Landesvorstand  
Menschenrechte

**Seite 3:**  
Kinderarmut, Kita-Plätze  
& Haushaltsloch  
Interview zu Schlecker

**Seite 4:**  
Stadtbezirke erhalten  
Stolpersteine  
KandidatInnen für die  
Bezirksvertretungen  
GEZ

**Seite 5:**  
Antifaschismus  
KandidatInnen für die  
Bezirksvertretungen

**Seite 6:**  
Kürzungen in Stadtverwaltung  
Neuer Kreisvorstand  
DEW kommunal

**Seite 7:**  
Landschaftszerstörung  
Prekariertes Wohnen  
Weibliche Altersarmut

**Seite 8:**  
Fiskalpakt  
Plakatierung  
Sozialticket

Alle nicht gekennzeichneten  
Bilder: **KNALLROT**

# Warum starb Ousman Sey?

## Gehört latenter Rassismus bei den Behörden zu den Gründen?



Gedenkdemonstration am 20.07.2012

Am Morgen des 7. Juni verstarb der aus Gambia stammende Ousman Sey im Polizeigewahrsam. In der vorausgegangenen Nacht hatte er zweimal den Krankenwagen gerufen, weil er sich auf Grund von Herzbeschwerden unwohl fühlte. Beide Male wurde eine stationäre Behandlung im Krankenhaus durch die Rettungssanitäter abgelehnt. Durch gesteigerte Angst und

Unruhe wurde es inzwischen laut in der Wohnung der Seys, so dass die hinzu gerufene Polizei Ousman Sey als „Randalierer“ in Handschellen auf das Revier verbrachte. Hier brach er unmittelbar darauf zusammen und wurde nun endlich ins Krankenhaus gebracht, wo er trotz Reanimation kurz nach dem Eintreffen verstarb. Für die anschließend informierte Familie brach eine Welt zusammen und sie lebt seitdem in einem psychischen Ausnahmezustand.

Angesichts der bekannten Tatsache, dass es überall in unserer Gesellschaft nach wie vor offenen und verdeckten Rassismus gibt, hinterlässt dieser Vorfall viele Fragezeichen. Wir

erinnern uns an den Ex-Feuerwehrchef von Dortmund, der offen militante Neonazis unterstützt oder an die Unterdrückung wichtiger Hinweise auf die rechtsradikale Terrorgruppe NSU durch die Dortmunder Kriminalpolizei im Jahr 2006. Die Frage muss erlaubt sein, ob rassistische Vorurteile auch bei dem jüngsten Vorfall eine Rolle gespielt haben.

Die Familie will dies durch einen Anwalt überprüfen lassen und fand dabei Hilfe bei dem Verein „Africa positiv“, der auch ein Spendenkonto dafür eingerichtet hat. Infos dazu finden Sie auf der Homepage [www.africa-positive.de](http://www.africa-positive.de).

(ul)



Kandidat für den Stadtrat, Listenplatz 4

**Wolf Stammnitz (73)**

Rentner (vorher u.a. Werkzeugmacher, Architekt, Stadtplaner, Sozialarbeiter)

Wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Ratsfraktion **DIE LINKE. Dortmund.**

„Ich bin gegen protzige Leuchtturmprojekte, unsoziale Sparschweinereien und Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Damit Dortmund nicht noch tiefer in die Verarmung gedrückt wird.“

# DIE LINKE wählt neuen Landesvorstand

## Nordrhein-Westfalen braucht weiterhin eine starke LINKE.



Der neue Landesvorstand von **DIE LINKE. NRW**

In Münster hat **DIE LINKE. NRW** einen neuen Landesvorstand mit Gunhild Böth und Rüdiger Sagel an der Spitze gewählt. Der Vorstand hat die Aufgabe, die Ideen der LINKEN den

Menschen in NRW näher zu bringen. Als erstes startet die Aktion „Rettet Eure Stadt“. Damit soll auf die dauerhafte finanzielle Unterversorgung der Städte wegen der Steuergeschenke von SPDCDUGrüneFDP an Unternehmen und Besserverdienende hingewiesen werden. Die Hilfsangebote von SPD und Grünen aus Düsseldorf stellen sich

als Würgegriff dar, der die Kommunen zum sozialen Ausbluten zwingt. Für ein soziales und solidarisches Miteinander steht in NRW und Dortmund nur **DIE LINKE** ein.

(ul)

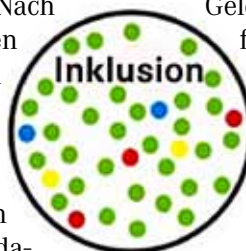
# Menschenrechte sind unteilbar

## Inklusion bedeutet Teilhabe, Teilen und Verantwortung.

Menschenrechte ja, aber nur wenn sie bezahlbar sind? Dies scheint die Haltung der Dortmunder Stadtspitze in Bezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) zu sein. Nach der Ratifizierung durch den deutschen Bundestag im Jahre 2008 ist die BRK geltendes Recht. Die Umsetzung verlangt von Bund, Ländern und Kommunen Maßnahmen zu ergreifen, damit diese Rechte Wirklichkeit werden und so die Menschenrechte von

Menschen mit Behinderung gewahrt werden können.

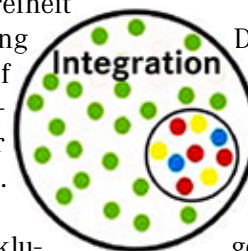
Ein Großteil dieser Maßnahmen wird Geld kosten. Die Herstellung umfassender Barrierefreiheit



als Grundbedingung für das Recht auf Teilhabe und Mobilität wird sogar richtig teuer werden.

Will man das Recht auf Inklusion, also das Recht, ein gleichberech-

tigter Teil der Gesellschaft zu sein, positiv ausgestalten, kommt noch mal eine größere Summe hinzu: Für kleinere Klassen und mehr Personal in der inklusiven Schule.



Dortmund muss sich entscheiden: Gibt es Geld für teure Prestigeobjekte oder für die Einhaltung der Menschenrechte aus. Beides zusammen wird nicht gehen.

(rd)

**Impressum**

KNALLROT  
DIE LINKE. Dortmund

Herausgegeben von  
**DIE LINKE. Dortmund**  
Schwanenstr. 30,  
44135 Dortmund,  
Tel. 0231 – 222 111 6

**Auflage**  
40.000 Exemplare  
**V.i.S.d.P.**

Frederick Bogdan,  
Schwanenstr. 30,  
44135 Dortmund,  
Tel. 0231 – 222 111 6

## Brennpunkt der Kinderarmut

Entwicklung und politische Verantwortung in Dortmund.

Dortmund hält bei der Kinderarmut einen Spitzenplatz. Vier von zehn Kindern leben in armen Familien, die lediglich über 60 % des Durchschnittseinkommens verfügen. Jedes dritte Dortmunder Kind ist auf Leistungen aus dem SGB-II angewiesen (Bundesdurchschnitt: 15,4%). Hauptursache der Kinderarmut in Dortmund ist Arbeitslosigkeit der Eltern.

Kinderarmut konzentriert sich auf bestimmte Wohngebiete. Diese werden zu „schlechten Adressen“ bei Schul-

wechsel und Stellensuche: So beziehen zum Beispiel am Clarenberg, in Westerfilde und am Nordmarkt mehr als die Hälfte aller Kinder Sozialhilfeleistungen. In Stadtgebieten wie Aplerbecker Mark, Schnee, Lücklemberg, Gartenstadt-Süd, Buchholz oder Schanze hingegen sind weniger als 3% der Kinder betroffen. Hier werden von vornherein bereits durch Zugehörigkeit zu einem Wohngebiet Lebenschancen ungleich verteilt.

(ws)

## Kitaplätze?

Personal für 2.000 Plätze fehlt.

Ab 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder unter 3 Jahren. Die Stadt versprach, die vorgegebene Ausbaquote von 35 % bis 2015 zu schaffen. Das wären 140 neue Kita-Gruppen mit 2.000 Plätzen. Heute ist das „Geschwätz von gestern.“ Denn es fehlt das Geld. Schuld daran sind Leuchtturmprojekte wie der Flughafen, und der U-Turm. Deshalb sucht die Stadt jetzt private Investoren und Träger für die Kitas – bei voller Kostenübernahme und Gewinngarantie. Nur **DIE LINKE** stimmte im Rat dagegen. Frühkindliche Erziehung ist Aufgabe des Staates, da haben private Geschäftemacher nichts zu suchen. Es fehlt aber auch an Betreuungspersonal. Die Stadt muss sich anstrengen, die Ausbildung von Erzieherinnen zu fördern. Auf keinen Fall dürfen in diesem Bereich unausgebildete Hilfskräfte eingesetzt werden!

(nk)



pta **Kandidatin für den Stadtrat, Listenplatz 2**

**Nursel Konak (47)**

Familienpflegerin, verheiratet, zwei Kinder

ratet, zwei Kinder

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende **DIE LINKE**. Dortmund, Sprecherin der LINKEN im Bürgerdiensteausschuss und im Betriebsausschuss FABIDO, Mitglied bei DIDF (Föderation der Demokratischen Arbeiter-Vereine) und des Bundesverbandes der Migrantinnen e.V.

„Meine Themenschwerpunkte sind die Bildungs-, Kinder- und Jugendpolitik. Ich setze mich im Rat der Stadt Dortmund aktiv für Frauenpolitik und für Integrations- bzw. Migrationspolitik ein.“

## Ausweg aus der Kinderarmut

Dauerhaft bedeutet nur die Förderung von Beschäftigung ein Ende der Kinderarmut.

Vor der Kommunalwahl 2009 zog der damalige OB einen „Aktionsplan Soziale Stadt“ aus dem Hut. „Kinderarmut bekämpfen“ steht da als Hauptaufgabe. Dafür stellt der Aktionsplan je Stadtbezirk 5.000 Euro im Jahr bereit, zusammen 60.000 Euro - ein Hohn!

Gegen Kinderarmut hilft vor allem: Den Eltern Arbeit geben. Die Stadtspitze meint, wenn sie Unternehmer fördert, würden diese schon von selbst Arbeit schaffen. Jährlich ca. 160 Millionen Euro für die Wirtschaft – ge-



Realität: Flaschensammeln für Taschengeld

## Das Haushaltsloch

8 Mio. Euro für Kinder sind weg.

Seit 2010 gibt es ein „Bildungs- und Teilhabe-Paket“. Aus ihm sollen arme Kinder Zuschüsse für Mittagessen, Klassenfahrten, Nachhilfestunden erhalten. Dortmund bekam dafür 2011 pauschal 10 Millionen Euro. Weil Eltern und Schulen mit den komplizierten Anträgen nicht klar kamen, erreichten lediglich 2,3 Millionen Euro die bedürftigen Familien. Statt nun, wie vom Sozialamt versprochen, die bürokratischen Hürden abzubauen, versenkte der Stadtkämmerer die nicht ausgezahlten 7,7 Millionen Euro im allgemeinen Haushaltsloch.

Dagegen protestierten Kinder- und Jugendverbände. Das Sozialforum Dortmund verlangt in einem Offenen Brief an die Sozialdezernentin, jedem anspruchsberechtigten Kind ohne komplizierte Nachweise 250 Euro zu zahlen.

(nk)



## „Ich hatte Wut auf Anton Schlecker“

Interview mit Henriette Kökmen, Betriebsratsvorsitzende bei Schlecker in Köln und Mitglied im Landesvorstand **DIE LINKE**. NRW.



**DIE LINKE**. NRW

**Henriette Kökmen**

Henriette, Du warst Mitglied des Betriebsrats und 14 Jahre bei Schlecker in der Filialeleitung tätig. Wie hast Du die Pleite bei Schlecker erlebt?

Am 08.06.2012 begann der Ausverkauf. Für uns alle war die seelische und nervliche Belastung sehr hoch. Ich hatte Wut auf Anton Schlecker. Er hat über lange Zeit unternehmerische Fehler gemacht. Die Geschäfte sind nie modernisiert worden. Alle Warnungen hat er ignoriert. Eine einzelne Person darf in so einem großen Unternehmen nicht das alleinige Sagen haben. Wir stehen jetzt alle auf der Straße, aber keiner der Schleckers fragt, wovon diese Menschen jetzt leben.

Welche Rolle hat die Politik bei der Schlecker-Pleite gespielt?

Meine Wut richtet sich auch gegen viele Politiker, die uns Schleckerfrauen erzählen, es sei doch genug Arbeit da. Wenn dem so ist, frage ich mich: „wo sind die Stellen?“. Aus der ersten Kündigungswelle hat nur jede sechste eine Arbeit. (ps)



WIKImaniac / Wikipedia

Geschlossene Filiale in Münster

gen 60.000 Euro für die Soziale Stadt. Soweit überhaupt, werden vor allem Billigjobs geschaffen, von denen niemand Kinder groß ziehen kann. Dortmund als „Hauptstadt der prekären Beschäftigung“ ist ein Musterbeispiel dafür, wie Kinderarmut entsteht.

Deshalb fordert **DIE LINKE**, die Wirtschaftsförderung der Stadt komplett umzukrempeln. Mit dem vielen Geld wollen wir öffentliche, soziale und genossenschaftliche Beschäftigung fördern.

(ws)

**Kommunale Angestellte als GEZ-Büttel?**



GEZ-Ausweis

Die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) hat, unterstützt vom Bundesinnenministerium, einen perfiden Plan ausgeheckt. Die kommunalen Vollstreckungsbehörden sollen dazu verpflichtet werden, eidesstattliche Versicherungen für nicht bezahlte Forderungen der GEZ beizutreiben. Wenn sich dies durchsetzt, dann kommen auf die Stadt Dortmund nicht gegenfinanzierte Kosten von über 258.000 Euro pro Jahr zu.

Für DIE LINKE ist dies ein Skandal. Hier werden öffentliche Mittel sinnlos verbraten, und darüber hinaus gibt sich die Kommune auf diese Weise dafür her, mittellose Menschen - und von denen gibt es in Dortmund leider mehr als genug - in den Ruin zu treiben. Denn die Folgen der Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung sind für die Betroffenen erheblich. So wäre die Aufnahme eines Kredits ohne Hinweis auf eine bestehende Eidesstattliche Versicherung ein Straftatbestand - wegen Nichtbezahlens von 5,67 Euro pro Monat.

DIE LINKE findet es unerträglich, dass sich unter Mithilfe der Kommune die GEZ zu einer Art Überwachungsbehörde entwickelt und fordert, dass die Erzwingung von Eidesstattlichen Versicherungen durch die GEZ aufgehoben wird.

(mm)

**Dortmunder Stadtbezirke erhalten Stolpersteine sind Gedenkorte**

SPD will nach der Wahl die Anzahl der Stadtbezirke halbieren.

Vielleicht erinnern Sie sich noch? Zum Jahresanfang 2012 wollten CDU, FDP und die Grünen die Stadtbezirke Huckarde und Eving auflösen und somit nicht nur die Zahl der gewachsenen Dortmunder Stadtbezirke von zwölf auf zehn verringern, sondern auch die Zahl der Bezirksverwaltungsstellen. DIE LINKE konnte dies zusammen mit der SPD noch „auf den letzten Drücker“ verhindern.

Warum haben wir das getan? Zum einen sind die Stadtbezirke in Dortmund traditionell gewachsen, und die meisten Menschen leben lieber in

Hörde, Aplerbeck oder Mengede als in einem Konstrukt namens „Dortmund III“, eine Benennung wie sie zum Beispiel in Essen üblich ist. Auch bieten die vorhandenen Stadtbezirke mit Ihren Bezirksvertretungen einen kurzen Weg zu Politik und Verwaltung vor Ort. Eben wegen dieser kurzen Wege ist für DIE LINKE in Dortmund der Erhalt der Stadtbezirke und der vorhandenen Verwaltungsstellen notwendig, denn die Verwaltungsstellen sind nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort da, wenn es darum geht, den Personalausweis zu verlängern, oder ein Auto anzumelden. Hier werden auch beratungsintensive Dienstleistungen für die Menschen in der Stadt erbracht, wie die Beantragung von Wohngeld oder Lastenzuschuss, die Klärung von Rentenversicherungsfragen, etc. Aber auch das Jugendamt ist mit seinen MitarbeiterInnen in vielen Stadtbezirken in eben jenen Verwaltungsstellen zu finden.

Nachdem die SPD zum Jahresanfang 2012 noch gegen die Verringerung der Anzahl der Stadtbezirke auf zehn war, werden dort jetzt sogar Stimmen laut, die die Zahl der Stadtbezirke und somit auch der bürgernahen Verwaltungsstellen auf bis zu sechs verringern wollen.

Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme für den Erhalt der Stadtbezirke.

(tb)

**Erinnerung an Nazi-Verbrechen**

Der Kölner Künstler Gunter Demnig hat die Aktion „Stolpersteine“ ins Leben gerufen. 147 sogenannte Stolpersteine erinnern an die Verbrechen der Nazis.



Uwe Lagoda

Saubere Stolpersteine in der Burgholzstr. 40

Die 10 mal 10 cm großen Messingtafeln mit den Namen der Opfer werden auch von ihm vor dem letzten bekannten Wohnort verlegt. „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“ begründet Gunter Demnig seine Aktion. Somit bilden die Stolpersteine einen wichtigen Teil in der Kette der Dortmunder Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Da die Tafeln im Laufe der Zeit doch ziemlich verschmutzen, hat DIE LINKE Dortmund in den letzten Tagen damit angefangen, die Stolpersteine in der Nordstadt zu säubern.

(ul)



Christian Seyda

Bürgerservice in Eving - bald verschwunden?

Aplerbeck	Eving	Hörde	Hombruch	Huckarde	Lütgendortmund
<b>Eckhard Althaus, Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1</b>	<b>Sylvia Wrubel, Kandidatin für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1</b>	<b>Torsten Behrendt, Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1</b>	<b>Hasan Ilgün, Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1</b>	<b>Timm Schobert, Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1</b>	<b>Ahmet Sahin, Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1</b>

„Auch in Aplerbeck kann man Frieden und soziale Gerechtigkeit wählen.“

„Die Stadtbezirke sind das Rückgrat der kommunalen Demokratie. Alle 12 Bezirke müssen bleiben.“

„Clarenberg und Neumarkt sagen: Hörde ist arm. Syburg und Phönixsee zeigen: Hörde ist reich. Es fehlt Gerechtigkeit.“

„Kostenlose Bildung und gute Arbeit für alle - an der Uni wie im Stadtbezirk.“

„Jugend braucht Freiräume. Für ein autonomes Jugendzentrum. Für mehr Mitbestimmung.“

„Grevendicks Feld zeigt, dass internationale Solidarität gelebt wird. Keinen Fußbreit den Nazis.“

# Nazi-Morde: Skandalöse Ermittlungen im Fall des NSU

## Warum ging die Polizei rechter Spur nicht nach?

Wie konnten Neonazis im „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) über viele Jahre ungehindert Anschläge und Morde an Migranten begehen? Bei der Untersuchung dieser Frage folgt gegenwärtig ein Skandal dem anderen: Der Verfassungsschutz verschleierte seine Rolle, indem er Akten zur NSU vernichtet. Und die Polizei hat Hinweise auf die rechte Szene weitgehend ignoriert. Auch in Dortmund.

### Die Beweislage...

Am 4. April 2006 wurde Mehmet Kubasik in seinem Kiosk in der Malinckrodtstraße brutal ermordet. Heute sind die Täter bekannt, doch damals ging die Polizei von Mafiamorden aus. Verdeckte Ermittler eröffneten eine Döner-Bude, befragten türkischstämmige Menschen in der Nordstadt. Von ihnen hörten sie die Vermutung: Hinter den Morden stecken Neonazis. Und kurz nach dem Mord meldete sich laut Magazin Focus eine Zeugin bei der Polizei, die zwei verdächtige Männer am Tatort gesehen haben will. „Die Männer sollen wie Rechtsradikale ausgesehen haben“, notierte sich die Polizei.

### ... wird nicht berücksichtigt.

Doch ins Visier der Ermittlungen geriet die Neonaziszene deshalb nicht. Zwei weitere Morde konnten die Nazis

begehen. Entscheidende Hinweise auf die rechte Gesinnung der Täter werden von der Kriminalpolizei nicht weitergegeben. Die Gründe hierfür beschäftigen jetzt Ausschüsse in Bundestag und einigen Landesparlamenten. **DIE LINKE** forderte bereits im Landtag auch für NRW eine Untersuchung der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz. Denn auch in Köln – 2004 Tatort eines Bombenanschlages mit 23 teils schwer Verletzten – wurden Spuren zu den Mördern des NSU vernachlässigt. Stattdessen suchten die Ermittler die Täter im Familienumfeld der Opfer und warben sogar türkische V-Männer an. (pta)



# 1. September ist Anti-Nazi-Tag

Auch nach den NSU-Morden erdreisten sich Neonazis, durch Dortmund marschieren zu wollen. Für den 1. September planen sie einen Aufmarsch. **DIE LINKE** ruft auf, sich ihnen in den Weg zu stellen.



03.09.2011: Die Polizei macht Nazis den Weg frei.

„Das Auftreten der Neonazis im Wahlkampf zeigt, dass sie Dortmund weiterhin als Schwerpunkt ansehen. Wir müssen uns ihnen weiter widersetzen“, so Sprecher Matthias Meyn. Als Teil des Bündnisses „Dortmund stellt sich quer“ wollen LINKE den Aufmarsch ohne Gewalt blockieren. Von der Polizei fordere man einen friedlichen Umgang mit den Nazigegegnern. Im vergangenen Jahr wurde der gesamte Norden von 4800 Polizisten für die Nazis abgesperrt, eine nachweislich friedliche Sitzblockade brutal geräumt und von 1800 gewaltbereiten Demonstranten gesprochen. „Es darf sich nicht wiederholen, dass friedliche Gruppen von Nazigegegnern zu Kriminellen erklärt werden“, fordert Meyn. (pta)

## NPD-Funktionäre unterstützen die Terrorgruppe NSU Wählen gehen – gegen Rechts!

Zwischen den Terroristen der NSU und NPD-Kadern hat es eine Vielzahl von Kontakten gegeben. So sitzt seit Monaten Ralf Wohlleben in Haft – der damalige Landesvizechef der NPD Thüringen soll den Terroristen eine Waffe besorgt haben. Ein mecklenburgischer NPD-Landtagsabgeordneter dankte den Terroristen des NSU in einer Nazi-Zeitung – sie hatte damals bereits vier Morde begangen. Deshalb sagt **DIE LINKE**: Die NPD darf nicht in den Dortmunder Rat. Bitte gehen Sie zur Wahl! Eine hohe Wahlbeteiligung schadet den Faschisten!

## Beratungsstelle hilft Opfern rechter Gewalt Unterstützung gegen Neonazis.



Logo der Opferberatungsstelle

Zu den Erfolgen der ehemaligen Landtagsfraktion **DIE LINKE**. NRW gehört die Einrichtung zweier Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt. Als erste nahm BACK UP im November 2011 in Dortmund ihre Arbeit auf. Bis April unterstützte das Team bereits über 40 Opfer von Neonazis durch psychologische, juristische und soziale Hilfe. Die Delikte reichen von anhaltenden verbalen Drohungen bis zu Steinwürfen und schweren Körperverletzungen.

Hilfesuchende finden BACK UP unter [www.backup-nrw.org](http://www.backup-nrw.org) oder unter der Telefonnr.: 0172/1045432.

(pta)

Mengede	I.-Nord	I.-Nord	I.-Ost	Scharnhorst	I.-West
<b>Uwe Lagoda,</b> Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1	<b>Cüneyt Karadas,</b> Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1	<b>Helmut Manz,</b> Stellv. Bezirks- bürgermeister, Listenplatz 2	<b>Karl Krämer,</b> Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1	<b>Matthias Storkebaum,</b> Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1	<b>Matthias Meyn,</b> Kandidat für die Bezirksvertretung, Listenplatz 1
„Gutes Wohnen ist ein Menschenrecht – das muss auch in Mengede gelten.“	„Die vielen Kulturen der Nordstadt sind ein Geschenk, das die Gesellschaft nur anzunehmen braucht.“	„In der Nordstadt lebt niemand freiwillig in Armut. Diese Armut ist politisch gewollt – wir wollen das nicht.“	„Mit ruhiger Hand für seniorengerechte Lebensverhältnisse. Teilhabe endet nicht mit der Rente.“	„Hartz IV macht arm. Für arme Kinder und Jugendliche gibt es in Scharnhorst viel zu wenige Angebote.“	„Gerechtigkeit und Kapitalismus sind unvereinbar. Ich will Gerechtigkeit.“

## „RWE raus“ sagt ein breites Bündnis

Ende 2014 endet der Gesellschaftsvertrag der DEW21. Ein „Bündnis DEW kommunal“ will erreichen, dass der private RWE-Konzern dann als Miteigentümer ausscheidet. **KNALLROT** fragte Gernot Nothacker, Bündnissprecher:

Wird DEW sozialer ohne RWE? Wird z.B. der Strom billiger?

Wegen notwendiger Investitionen auch für die Energiewende sind sinkende Strompreise nicht zu erwarten.

Die Stadt plant einen „Masterplan Energiewende“. Ist der mit RWE überhaupt umsetzbar?

Ganz klar nein. Seit 2008 haben die Stadtwerke über 200 Millionen Euro in RWE-Projekte und -Aktien investiert. Das Geld fehlt für die Energiewende.

DEW21 ist eine GmbH, RWE eine AG. In beiden haben einfache Bürger kein Mitspracherecht. Was sagt ihr dazu?

Stadtvertreter in Aufsichtsräten sind zunächst dem Unternehmen verpflichtet. Daher halten wir andere Unternehmensformen für wünschenswert. Voraussetzung ist aber das Ausscheiden von RWE.

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre befürchten, dass RWE nach der Trennung als Konkurrent der DEW auftritt und Arbeitsplätze in Dortmund vernichtet?

Die Befürchtung ist bereits Realität. RWE tritt heute schon als Konkurrent auf und hat den Abbau von 10.000 bis 13.000 Arbeitsplätzen geplant.

(ws)

## Kürzungen in der Stadtverwaltung

Interview mit ver.di Gewerkschaftssekretär Martin Steinmetz.



**Martin Steinmetz (51)**

ver.di-Gewerkschaftssekretär im Fachbereich Gemeinden und ver.di-Mitglied seit 22 Jahren.

Der Personalrat hat in einem Brandbrief sehr deutlich zum Personalratkonzept der Stadtspitze Stellung genommen. Wie dramatisch ist die Lage der Stadtverwaltung aus Sicht von ver.di?

Städte und Gemeinden leiden seit Jahrzehnten unter einem strukturellen Defizit. Die Folgen sind heute nicht mehr zu übersehen: Verschlechterter Bürgerservice, Zunahme von Bürgerbeschwerden, dauernde Überlastung der Beschäftigten mit Verdoppelung von psychischen Erkrankungen und Überalterung der Belegschaft. Ich teile die Einschätzung des städtischen PR, der in seinem Baustellenbericht einschätzt, dass nunmehr ein Status erreicht ist, der den Zusammenbruch der kommunalen Handlungsfähigkeit nicht mehr aufhält.

Der Verwaltungsvorstand hat beschlossen, die pauschale 2%-Kürzung beim Personalbudget auf eine 1,5%-Kürzung abzumildern. Reicht das oder muss der Beschluss nicht ganz weg, wie das DIE LINKE fordert?

Der Kürzungsbeschluss ist so lange zurückzustellen, bis die Frage des Aufgabenverzichts geklärt ist. Wir müssen die drängenden Personalpro-

bleme – derzeit sind bereits rd. 200 Planstellen nicht besetzt, ohne dass sie in die Kürzungs-Berechnungen einfließen – angehen! Und: Der künftige Rat muss den Mut aufbringen, zu definieren, welche Aufgaben die Stadt Dortmund unter den gegebenen Umständen nicht mehr erbringen soll. Dafür braucht es einen fraktionsübergreifenden Konsens.

Die CDU hatte im Personalausschuss gefordert, auch die nicht steuerbaren Personalaufwendungen in die pauschale 2%-Kürzung einzubeziehen. Das ist nach Auskunft der Personalverwaltung ohne betriebsbedingte Kündigungen nicht machbar. Heizen solche Forderungen die Stimmung nicht unnötig an?

Auch die CDU weiß, dass unsere ver.di-Personalräte betriebsbedingte Kündigungen vertraglich ausgeschlossen haben. Das gilt! Und es nimmt den Beschäftigten zumindest an dieser Stelle die Angst den Arbeitsplatz zu verlieren.

Es gab aus Kreisen des Rates den Vorwurf an ver.di, dass der letzte Tarifabschluss zu einer höheren Reduzierung von Planstellen in der Verwaltung führen würde. Wie begegnet Ihr solchen Unterstellungen?

Das Manöver ist viel zu durchsichtig. Die Beschäftigten kennen die Ursachen der Misere. Sie lassen sich von solchen populistischen Äußerungen nicht irritieren. Die Beschäftigten der Stadt Dortmund sind mehr Wert. Das werden wir, wenn es erforderlich werden sollte, auch zeigen.

(uk)



Kandidatin für den Stadtrat, Listenplatz 3

Dr. Petra Tautorat (57)

Diplom-Sozialpädagogin und promovierte Pädagogin, Verwaltungsangestellte im Klinikum

Mitglied der Ratsfraktion *DIE LINKE*. Dortmund, Sprecherin der LINKEN im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie, sowie diversen weiteren Ratsausschüssen, Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV in der Linken, tätig im Beirat der JVA.

„Gegen die weitere Vermarktung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch sogenannte „Private-Public-Partnership-Projekte“ oder „Cross-Border-Leasings“ in allen Bereichen, sei es Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung oder Energieversorgung. Für die Re-Kommunalisierung ausgegliederter Stadttöchter, allen voran des Dortmunder Klinikums.“



## Dortmunder LINKE mit neuer Führung

Künftiger Vorstand verbindet Jugend und Erfahrung.



Mitglieder des neuen Kreisvorstands am 26.06.

Die Mitglieder der Dortmunder LINKEN haben im Juni einen neuen Vor-

stand gewählt. Neue Kreissprecherin ist Sylvia Wrubel, neuer Kreissprecher ist Dr. Matthias Meyn. Unterstützt werden sie von einem Team aus vielen jungen und einigen neuen Mitgliedern. So sind neben Vorstandsmitglied Nora Wingenfeld sowohl Schatzmeister Markus Lohmann als auch Geschäftsführer Frederick Bogdan unter 30 Jahre alt. Renate Kowalewski, Cornelia Wim-

mer und Christian Seyda wirken im erweiterten Vorstand mit. „Wir freuen uns sehr, dass sich der neue Vorstand aus politisch erfahrenen wie auch jungen Mitgliedern mit frischen Ideen zusammensetzt“, sagt Sprecher Matthias Meyn. „Unser Ziel ist es, zusammen für ein soziales und solidarisches Dortmund zu kämpfen und dabei auch noch Spaß zu haben.“

(pta)

# Lärm, Abgase und Landschaftszerstörung

## Die neue Ost-West-LKW-Achse durch Dortmund.

Wer die Zeitungsmeldungen verfolgt, stößt auf Proteste der Anwohner aus Huckarde, Mengede und Eving gegen das neue Containerterminal der Hafen AG, der liest von der Entwicklung des Geländes der ehemaligen Westfalenhütte zum Logistikpark und von Bürgerprotesten in Brackel gegen den Weiterbau der Schnellstrasse OWIIIa bis nach Unna. Lauter Einzelprobleme? Nein, diese Einzelthemen stehen in einem direkten Zusammenhang.

Ausgangspunkte sind die Gewerbegebiete am Hafen und der neue Logistikpark mit riesigen Lagerhallen. Auf die so erzeugte Zunahme des Warentransportes bereitet sich die Hafen AG vor - ihre bisherigen Kapazitäten reichen nicht mehr aus. Politisch unumstritten ist es, dass Waren mit dem Zug oder durch Binnenschiffe transportiert werden sollten, und nicht durch LKWs. Daher wird der zusätzliche Containerterminal gebaut. Doch gerade wegen der Lärmauswirkungen der vielen LKW machen sich die Anwohner vor Ort nun zu Recht Sorgen.

Zwischen Logistikpark und Hafen liegt die Nordstadt mit der ewig verstopften

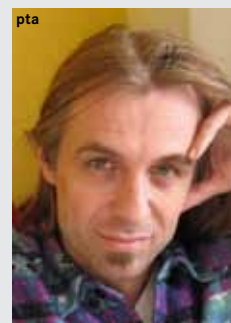


Der Dortmunder Container-Hafen. Christian Seyda

Mallinckrodtstrasse und dem Nadelöhr Borsigplatz. Um diese Route zu umgehen, soll irgendwann die Nordspange entstehen. Nach Osten wird mit der OWIIIa an der gleichen Route gebaut, um den Logistikpark und den Containerterminal an die A1 anzuschließen und den Speditionen die Maut auf der A2 zu ersparen. Hier geht wertvoller Erholungsraum für die Menschen in Wickede, Asseln, Brackel und Husenkurl verloren. Bis zu 30.000 zusätzliche Fahrzeugbewegungen werden durch den Lückenschluss erwartet. Nicht nur für die Menschen im Bezirk Brackel eine Katastrophe, sondern auch für die Menschen in der Nordstadt, in Eving und im Dortmunder Westen.

Dass jetzt erst nachträglich ein Gesamtkonzept für den entstehenden zusätz-

lichen Verkehr aufgrund von Logistikpark und Containerterminal erarbeitet werden soll, zeigt die ganze Arroganz der Macht unserer Stadtplaner, die nur reagieren, weil die BürgerInnen protestieren. Die Wahlen sind die Gelegenheit für die Anwohner, der Politik die Rechnung zu präsentieren. (uk)



Kandidat für den Stadtrat, Listenplatz 1

Utz Kowalewski (42)

Diplom-Biologe, Fachjournalist

Fraktionsvorsitzender *DIE LINKE*. Dortmund, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien, sowie diversen weiteren Ratsausschüssen, Aufsichtsratsmitglied bei der DOGEWO.

„Ich kämpfe für ein soziales, ökologisches und demokratisches Dortmund.“

## Altersarmut betrifft vor allem Frauen Armutsrisiko in Dortmund besonders hoch.

Laut Statistischem Bundesamt ist Armut eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband hat in einer aktuellen Studie festgestellt, dass Dortmund neben Leipzig die Stadt in Deutschland mit der höchsten Armutsgefährdung ist. Rentner sind davon besonders betroffen.



Frauen sind besonders betroffen. Renate Kowalewski

# Wenn Armut in Stein gemeißelt wird

## „Prekariertes Wohnen“ beschreibt die Bildung von Elendsquartieren.



Private-Equity-Wohnungen in Westerfilde. Uwe Lagoda

Die Arge hat festgelegt, wie groß eine Wohnung für einen Hartz IV-Empfänger sein und wieviel sie maximal kosten darf. Selten orientieren sich diese Vorgaben an der örtlichen Realität. Sozialwohnungen sind Mangelware, vor allem dort, wo sie gebraucht werden: z.B. in Eving oder Westerfilde. Auf dem freien Wohnungsmarkt befindet sich ein großer Teil der Wohnungen in der Hand von Privat Equity Fonds. Diese von der SPD/Grünen-Bundesregierung für den Mietwohnungsmarkt zugelassenen Investoren haben nur ein Interesse: hohe Rendite. Dafür darf es bei der Instandhaltung etwas weniger

sein. Ob Außenanlagen, Spielplätze, Wärmedämmung, Hausflure, Heizung, Sanitäranlagen oder wuchernder Schimmel: mit Hinhaltetaktiken versuchen sich diese Vermieter vor den notwendigsten Reparaturen zu drücken.

Jeder Einzelne muss sich dagegen wehren, und selbst mit dem Mieterverein zusammen ist dies ein langer und mühseliger Weg. Sammel- oder Verbandsklagen sind im Mietrecht nicht zugelassen. Und in diesem sich immer mehr verschlechternden Umfeld wächst ein großer Teil der in Armut lebenden Kinder auf. Kein Ort um mit Mut und Zuversicht in die Zukunft zu schauen! Deshalb fordert *DIE LINKE*, endlich wieder im ausreichendem Maße den sozialen Wohnungsbau zu fördern.

Gleichzeitig muss die Stadt Dortmund diesen Gebieten auch zusätzliche soziale Unterstützung geben, z.B. das schon im letzten Wahlkampf versprochene Bürger-

zentrum in Westerfilde. Statt Geld den „Bad-Banks“ nachzuwerfen, müssen notfalls die heruntergekommenen Siedlungen von Land oder Bund übernommen und saniert werden. Für *DIE LINKE* gilt: Gutes Wohnen ist ein Grundrecht. (ul)



Zu den Menschen, die nicht von ihrer Rente leben können, gehören vor allem ältere Frauen, die wegen Familienzeiten Lücken in ihrer Erwerbsbiographie aufweisen. Sie müssen dann ihre Mini-renten mit Hilfe der so genannten Grundsicherung aufstocken. Darüber hinaus droht ihnen ein Absinken unter die Armutsgrenze, wenn unvorhersehbare Ausgaben, wie zum Beispiel teure Reparaturen im Haushalt oder die Kosten für einen notwendig werdenden Zahnersatz auftreten. Ein weiteres Armutsrisiko stellen die explosiv ansteigenden Energiekosten dar. *DIE LINKE* fordert daher als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben eine Mindestrente von 1050 Euro im Monat. (mm)

„Mobilität ist Grundvoraussetzung“

Interview mit Heiko Holtgrave vom Bündnis für ein Sozialticket.



Heiko Holtgrave

Seit wann gibt es das Bündnis für ein Sozialticket?

Die Mobilität von Armen ist eines der Themen, die vom hiesigen Sozialforum von Anfang an bearbeitet wurden. Wir haben allerdings wiederholt einen größeren Kreis zusammengetrommelt - etwa anlässlich der drohenden Abschaffung des 15-Euro-Tickets Anfang 2010 und zuletzt beim Start der Kampagne „Ich-nehm-Dich-mit!“ im vergangenen Herbst.

Warum soll es ein Sozialticket geben?

Wer von Hartz IV, Grundversicherung oder von Leistungen nach dem AsylbLG leben muss, der kann sich die normalen Fahrpreise für Bus&Bahn nicht leisten. Mobilität ist aber Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe.

Was sind die nächsten Aktionen bzw. Ziele?

Wir überlegen noch. Aber wir werden nicht locker lassen, bis es wieder eine preiswerte Monatskarte gibt. Eine Stadt kann - unter derzeitigen Haushaltsvoraussetzungen - nicht allzu viel zur Entlastung für ihre ärmeren BürgerInnen tun. Der Zugang zum kommunalen Verkehrsangebot gehört aber unbedingt dazu! (ul)

Fiskalpakt fördert kommunale Armut

Banken werden gerettet, während die öffentliche Armut wächst.



Dunkle Wolken über den Banken, aber den Regen bekommen andere ab.

Der deutsche Bundestag hat unter dem Druck der Bundesregierung mit einer Mehrheit von CDU/CSU, FDP, GRÜNEN und SPD dem so genannten Fiskalpakt zugestimmt. Lediglich DIE LINKE hat geschlossen diesen undemokratischen Knebelvertrag abgelehnt und beim Bundesverfassungsgericht eine entsprechende Klage eingereicht.

Neben einer Begrenzung der strukturellen Neuverschuldung verlangt der Fiskalpakt einen rigiden Schuldenabbau. Davon betroffen sind 12 von 17 Ländern der Eurozone. Deutschland gehört dazu. Selbst mit einer verfassungsändernden Mehrheit in Bundesrat und Bundestag wäre das Kürzungsdiktat nicht mehr rückgängig zu machen. Das ist undemokratisch! DIE LINKE fordert deshalb eine Volksabstimmung über ein Gesetz von solcher Tragweite, das zudem wachstumshemmend wirkt und unter rigidem Spardruck zu sozialem Kahl-schlag führt.

Dieser wirtschaftspolitische Wahnsinn, der ausschließlich den fröhlich weiter zockenden Finanzmärkten und Investoren dient, hat erhebliche Auswirkungen auf uns alle. Bereits heute ist in unseren Städten, vor allem auch in Dortmund, zu besichtigen, dass eine allzu rigide Sparpolitik in die öffentliche Armut führt. Schwimmbäder werden geschlossen, Schulen und Kindergärten verrotten, Krankenhäuser werden privatisiert, überall gibt es Personalabbau, Straßen werden nicht mehr repariert, Bildung und Kultur werden zunehmend notleidend. Unsere Städte werden kaputtgespart.

Dabei ist Geld genug vorhanden! DIE LINKE fordert eine Sanierung der öffentlichen Haushalte durch eine Millio-närsteuer, eine wirksame Besteuerung von Finanztransaktionen und vor allem eine Regulierung der Finanzmärkte. Die Staaten haben sich verschuldet, um die Banken zu retten. Jetzt müssen endlich die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden! (mm)



Kandidatin für den Stadtrat, Listenplatz 5

Serpil Kosan (40)

Familienpflegerin

Mitglied der Ratsfraktion DIE LINKE. Dortmund, Mitglied im Schulausschuss, aktiv in der AGIF (Vertretung der in Europa lebenden türkischen Gesellschaft vor Privaten und Öffentlichen Institutionen).

„Meine Themenschwerpunkte sind Jugend- und Schulpolitik sowie Integrations- und Migrationspolitik.“

Vandalismus?

Anzeige wegen Sachbeschädigung

Renate Kowalewski, Vorstandsmitglied der Partei DIE LINKE. Dortmund, hat bei der Polizei in Scharnhorst Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gegen Unbekannt gestellt. In Scharnhorst wurden alleine zwölf Plakate abgerissen.

Renate Kowalewski: „Es war kein Vandalismus, sondern eine gezielte Aktion. Wer macht so etwas? Der Inhalt der Wahlplakate „Hartz IV ist Kinderarmut“ und „Privatisierung verhindern“ spiegelt den Anspruch eines großen Teils der Bevölkerung wieder und kann auch durch Abreißen von Wahlplakaten nicht aus der Welt geschafft werden.“



Plakataktion auf dem Wilhelmsplatz

Unbeeindruckt von diesen Straftaten plakatiert DIE LINKE. Dortmund weiter - auch auf dem Wilhelmsplatz in Dorstfeld, einer Hochburg der Neonazis. (rk)

Wer DIE LINKE wählt, wählt sich selbst. Wir sind das Sprachrohr für die Menschen. Verlässlich sozial und ökologisch auch nach der Wahl. Gegen Privatisierungs- und Kürzungspolitik. Für ein solidarisches Dortmund der Kulturen. Wir blockieren Nazis auf der Straße und in den Parlamenten. Darum am 26. August DIE LINKE wählen.

DIE LINKE'yi seçmek, kendini seçmektir. DIE LINKE halkın sokaktaki ve parlamentodaki sesidir. DIE LINKE güvenilir, sosyal ve çevre dostu olmaya secimlerden sonra da devam edecektir. DIE LINKE her türlü özelleştirmenin ve kısıtlama politikalarının karsisindedir. DIE LINKE Dortmund'da farklı kültürlerin birliktelini desteklemektedir. DIE LINKE sokaklarda ve parlamentolarda Nazilere gecit vermemektedir. Bunun için 26 Augustos belediye secimlerinde DIE LINKE'yi secmelisiniz.

Ποιος επιλέγει η Αριστερά επιλέγει τον εαυτό του, είμαστε μια φωνή των ανθρώπων. Αξιοπιστή, κοινωνικά και οικολογικά, ακόμη και μετά τις εκλογές. Ενάντια στις ιδιωτικοποιήσεις και τα μέτρα λιτότητας. Ντόρτμουντ για την αλληλεγγύη μεταξύ των πολιτισμών. Θα μπλοκάρει Ναζί στους δρόμους και στο κοινοβούλιο. Έτσι, στις 26 Η Αριστερά Αύγουστο

Если вы выбираете ЛЕВЫХ (DIE LINKE), вы выбираете самих себя. Мы голос народа. Мы остаёмся надёжными, социальными и экологичными и после выборов. Мы против политики приватизаций и уменьшений. Мы за солидарный Дортмунд с разными культурами. Мы блокируем нацистов на улицах и в парламентах. Поэтому: Голосуйте 28. августа за ЛЕВЫХ (DIE LINKE).

Who votes DIE LINKE votes for himself. We are the voice for the people. Socially and ecologically reliable even after the election. Against privatization and reduction policies. We stand for a common Dortmund for all cultures. We block Nazis in the streets and in parliament. So vote for DIE LINKE on 26th August.

